

# hein.direkt 4

Zeitung der Bundestagsabgeordneten Dr. Rosemarie Hein für Magdeburg und Schönebeck

## Nach den Nazimorden: Rechts- extremismus in Deutschland

Geahnt hatte ich sie alle, die offiziellen Reaktionen, nachdem im November 2011 eine Nazi-Mord-Serie publik wurde. Anfangs war die Bestürzung groß, dann forderten Innenminister mehr Befugnisse für Sicherheitsbehörden und schließlich verlangten nahezu alle Parteien ein Verbot der NPD. Das alles ist inzwischen etwas her. Die Medien haben sich längst wieder anderen Themen zugewandt.

Frappierend war vor allem die Überraschung vieler Politikerinnen und Politiker, dass Nazis heutzutage aus Überzeugung skrupellos über Leichen marschieren. Von seriösen Journalisten belegt sind 158 Morde seit 1990. Allein in Deutschland. Das Bundesinnenministerium räumt 58 davon ein und beruft sich dabei auf Statistiken des Bundeskriminalamtes und der Landeskriminalämter. Die Differenz ist enorm. Und politisch.

Zu den nachgewiesenen Todesopfern rechtsextremer Gewalt gehören



vermeintliche Ausländer, Obdachlose, Menschen mit Behinderungen, Schwule, Linke, auch Staatsdiener. Aus Sicht alter und neuer Nazis hat das eine Logik, eine rassistisch-germanische. Wir wissen das spätestens, seit der Neonazi Kay Diesner 1997 erst in die PDS-Geschäftsstelle in meinem Wahlkreis Berlin-Marzahn »aus Hass« um sich schoss und Tage später einen Polizisten ermordete. Über diesen Fall, seine Hintergründe und den Prozess gegen Diesner hatten wir damals eine Broschüre veröffentlicht. Sie trug bewusst den Titel »Die Einzeltäter«. Auch jetzt wurde wieder so getan, als sei das zehn Jahre lang unerkannt mordende und raubende Nazi-Trio eine »Einzelle«. Dann brachten sich zwei von ihnen höchst mysteriös um. Sie können nichts mehr sagen. Die Dritte schweigt beredt.

Nein, ich will hier keine Verschwörungstheorien ausmalen. Ich stelle sachlich fest: Wenn die Analyse nicht stimmt, dann geht auch fehl, was auf

ihr beruht. Nahezu alles, was der Staat aktuell gegen Rechtsextremismus unternimmt, ist eine eklatante Fehlentwicklung. Und das Hauptmanko wird nach wie vor ausgeblendet: Es gibt keine Erfolg verheißende politische Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus. Im Gegenteil!

Und die Gesellschaft der Besorgten und Anständigen? Auch da Mangelware! Wenige kleine Demos, mehr nicht. Auch das lässt tief in »Deutsche Zustände« blicken. Genauso heißt eine Langzeitstudie von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer und Team. Der vorerst letzte Band trägt den Titel: »Das entscherte Jahrzehnt«. Das Soziale wird ökonomisiert, die Demokratie entleert und die Solidarität schwindet. Ich lese dieses Fazit als Generalabrechnung mit der Bundespolitik, aber nicht als Entschuldigung, für niemand.

*Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss*

## Meile der Demokratie

»Gesicht zeigen für ein demokratisches und weltoffenes Magdeburg!« war des Motto der diesjährigen Meile der Demokratie am 14. Januar 2012.

10 000 Magdeburgerinnen und Magdeburger waren an diesem Tag unterwegs, um ein Zeichen zu setzen gegen den an diesem Tag geplanten Naziaufmarsch. Mit zahlreichen Ständen, Aktionen und Bühnen wurde der Breite Weg in eine bunte Meile der Demokratie verwandelt. Vereine, Verbände und Initiativen, Akteure aus Wissenschaft, Kultur und Politik machten mit Aktionen an diesem Tag deutlich, dass Magdeburg eine tolerante und offene Stadt ist. Eine Menschenkette, die vom Alten Markt bis zum Hundertwasserhaus reichte, vereinte Hunderte zu einem Band der Demokratie. Unter dem Motto »Musik statt Nazis« wurde auf mehreren

Bühnen Livemusik gespielt und am Universitätsplatz versuchten lokale DJs die Nazis »wegzubassen«. Begonnen hatte der Tag mit einer Demo am Neustädter Bahnhof. Dort sollte der Naziaufmarsch beginnen. Hunderte Menschen stellten sich ihnen in den Weg, um zu demonstrieren, dass sie weder in Magdeburg noch an anderen Orten erwünscht sind. Zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser Protestaktion gehörten auch viele Mitglieder der LINKEN, darunter die Bundestagsabgeordnete Rosemarie Hein und die Bundesvorsitzende der LINKEN, Gesine Löttsch. Die Meile der Demokratie fand schon zum vierten Mal statt. Mittlerweile wurde ein breites und dauerhaftes Bündnis gegen Rechts geschmiedet, das auch über die Meile der Demokratie hinaus im Kampf gegen Nazis aktiv ist.

## Editorial



Liebe Leserin,  
lieber Leser,

seit der letzten Ausgabe der hein.direkt ist auf dem politischen Parkett einiges passiert. Christian Wulff ist nicht mehr Bundespräsident, eine

neue Wahl steht kurz vor der Tür, Regierung und Finanzminister spielen sich abermals in Nacht- und Nebelaktionen als Inkasso-Unternehmen gegenüber den Griechen auf, und abermals entschied der Bundestag über Kriegseinsätze, bei denen DIE LINKE als einzige Fraktion vehement dagegen stimmte. In Dresden demonstrierten über 10 000 Menschen gegen Rechtsextremismus und in Berlin wurde am 23. Februar der Opfer des Nationalsozialismus und des gegenwärtigen Naziterrors gedacht. Natürlich würdigten wir am 8. März die Arbeit und das Wirken der Frauen. Ich hoffe, Sie finden in den interessanten Beiträgen dieser Ausgabe viele Anregungen und wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Ihre *Rosemarie Hein*



# »Die Politik kann etwas gegen Altersarmut tun«

Torsten Hans im Gespräch mit Michael Bremer, stellv. Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der Volkssolidarität



**Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass in den kommenden Jahren mit einem dramatischen Anstieg der Altersarmut zu rechnen ist. Ist diese Entwicklung gegenwärtig schon spürbar?**

Ein Generationswechsel nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zeigt, dass die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ungleicher wird. Betroffen sind neben Kindern und Jugendlichen zuneh-

mend ältere Bürgerinnen und Bürger, die dieser Entwicklung hilflos gegenüber stehen. Die neuen Altersrentner haben bereits jetzt weniger in der Tasche als die Neurentner vor 20 Jahren. Auch zeigt sich, dass ältere Bürgerinnen und Bürger von vielen Erscheinungsformen der Armut betroffen sind.

**Wie äußert sich Altersarmut? Gibt es vielleicht sogar Unterschiede zu anderen Armutslebenslagen?**

Wenn man von Altersarmut spricht, bezieht sich das nicht nur auf die finanzielle Armut. Anders als jüngere Menschen sind sie auch von sozialer Ausgrenzung betroffen. Der Kontakt mit Gleichaltrigen nimmt ab, man wird einsam. Durch die fehlende Beweglichkeit ist auch die Teilnahme am geistig-kulturellen Leben eingeschränkt. Außer Fernsehen und Kreuzworträtsel findet nichts mehr statt.

**Welche Gruppen sind von Altersarmut betroffen?**

Betroffen sind vor allem die Menschen, die durch Langzeitarbeitslosigkeit, durch Arbeit im Niedriglohnssektor nicht in der Lage waren, für

das Alter vorzusorgen. Hartz IV, Rentennullrunden, finanzielle Belastungen der Gesundheitsvorsorge, Preissteigerungen bei wichtigen Gütern des Lebens sind Faktoren, die ein Armutsrisiko für viele Menschen bis in die Mittelschicht hinein deutlich anwachsen lassen.

**Wie kann Armut im Alter bekämpft werden?**

Auf allen Ebenen der Politik muss der Verschlechterung im Niveau der Alterssicherung entgegengewirkt werden. Als wichtige Maßnahmen: Einführung eines gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohns, Pflege so reformieren, dass alle Menschen mit Pflegebedarf die erforderlichen Leistungen erhalten. Die gesundheitliche Versorgung muss wohnortnah und bedarfsgerecht abgesichert sein und es müssen Rahmenbedingungen für das aktive Altern gefördert werden. Wenn die Politik sich den Fragen des Älterwerdens Konsequenz stellt, kann der Altersarmut entgegengewirkt werden. Und auch die jüngeren Menschen entscheiden mit ihrem Engagement für Ältere nicht nur über die Lebensqualität ihrer Elterngeneration, sondern auch über ihr eigenes Älterwerden.

## Aktiv gegen Armut

Auswahl von Anträgen der Linksfraktion (abrufbar unter [www.rosemarie-hein.de/zeitung](http://www.rosemarie-hein.de/zeitung)):

»Niemanden abschreiben – Alphabetismus wirksam entgegen-treten, Grundbildung für alle sichern«  
(Drucksache 17/8766)

»Bundesmittel zur Finanzierung der Grundsicherung im Alter (...) 1:1 an Kommunen weiterreichen«  
(Drucksache 17/8606)

»Arbeitslosengeld statt Hartz IV«  
(Drucksache 17/8586)

»Rentenversicherung stärken und solidarisch ausbauen – Solidarische Mindestrente einführen«  
(Drucksache 17/8481)

»Kinderrechte umfassend stärken und ins Grundgesetz aufnehmen«  
(Drucksache 17/7644)

»Armut- und Reichtumsbericht zum Ausgangspunkt für Politikwechsel zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit machen«  
(Drucksache 17/6389)

## Jedes fünfte Kind lebt in Armut

In einem reichen Land wie Deutschland lebt jedes fünfte Kind in Armut, in Sachsen-Anhalt sogar jedes dritte Kind. Sachsen-Anhalt ist damit das Schlusslicht aller deutschen Flächenländer.

Aber selbst innerhalb des Landes gibt es gewaltige Unterschiede, in Magdeburg oder dem Salzlandkreis liegt die Kinderarmutsquote mit 37,6 Prozent bzw. 39,5 Prozent noch einmal deutlich über dem Landesdurchschnitt. Die Ursachen liegen oftmals darin begründet, dass Eltern arbeitslos sind oder sich mit Niedriglohnjobs über Wasser halten müssen und nicht von ihrer Hände Arbeit leben können. Kindern aus diesen Familien ist es nicht möglich, im gleichen Umfang am sozialen Leben teilzuhaben oder Bildung zu erlangen wie Kinder aus nicht-armen Familien. Nicht nur der Theaterbesuch ist unerschwinglich, oft können die Eltern schon das Fahrgeld für einen solchen Besuch nicht aufbringen. Die Liste der Beispiele ließe sich fortsetzen: Musikschule, Sportverein... Die Folge einer solchen Entwicklung liegt auf der Hand, arme Kinder werden bereits frühzeitig ausgegrenzt und der Start ins eigenständige Leben ist missglückt, bevor er überhaupt begonnen hat. Aus den armen



Kindern von heute werden die armen Eltern von morgen.

Diese Entwicklung zu stoppen, muss sich Politik zu einer vorrangigen Aufgabe machen. Der Ausweg aus der Armut führt über eine gute Bildung. Eine frühkindliche Bildung, die

niemanden ausschließt und eine Schulbildung, die alle einschließt, sind deshalb grundlegende Forderungen, die die Politik erfüllen muss, um Kinderarmut zu bekämpfen.

*Torsten Hans, Vorsitzender des Stadtverbandes Magdeburg der LINKEN*



# Analphabetismus: Ein Leben ohne ABC in einer Welt voller Schrift?

»Ich hab's nie so mit dem Schreiben gehabt«, erzählt Paul. Er ist 31 Jahre alt, hat einen Hauptschulabschluss und hält sich mit Hilfsjobs über Wasser. Sein Problem: er kann nicht richtig lesen und schreiben. Damit steht er nicht allein. Laut der 2011 veröffentlichten Leo-Studie betrifft das in Deutschland über 7,5 Millionen Menschen. Sie werden als sogenannte funktionale Analphabeten bezeichnet – Menschen, die zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben können, aber keine zusammenhängenden Texte. Das sind über 14 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung – für ein modernes, hochindustrialisiertes Land wie Deutschland eine schier unvorstellbare Zahl. Etwa vier Prozent haben sogar noch geringere Kompetenzen im Lesen und Schreiben. Auch die jüngste PISA-Studie verheißt nichts Gutes: jeder fünfte 15-jährige Jugendliche hat ein mangelndes Textverständnis. Die nachwachsende Generation läuft also Gefahr, in spätere Statistiken zum Analphabetismus hineinzurutschen. Fehlende Grundbildung und Analpha-

betismus ist ein Problem der gesellschaftlichen Mitte, kein Randproblem.

Achtzig Prozent der funktionalen Analphabetinnen und Analphabeten haben wie Paul einen Schulabschluss. Wie kann das sein, wenn doch ein Schulabschluss den Bildungs- $\rightarrow$ Erfolg ausweist? Paul meint, dass er sich da irgendwie durchgeschummelt hat. Unser Bildungssystem hat durch die hohe Zahl an Menschen mit unzureichender Grundbildung einmal mehr seine Defizite unter Beweis gestellt.

Und wie sieht die Welt voller Schrift für Betroffene aus? Auch darauf hat Paul eine passende Antwort: »Du musst halt kreativ sein oder gehst zum Beispiel eben nicht ins Café.« Der Lebensalltag von Betroffenen ist bestimmt von Scham, Angst aufzufliegen und vor gesellschaftlicher Stigmatisierung, Lügen, Ausweichen, Rückzug in sicheres Terrain oder Angst vor der Zukunft. Sofern sie nicht arbeitslos sind, arbeiten sie häufig in prekären Beschäftigungs-

verhältnissen. Sie sind bei gesellschaftlicher, sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe erheblich eingeschränkt.

Paul will jetzt in einem Alphabetisierungskurs an der Volkshochschule seine Lese- und Schreibkenntnisse verbessern. Ihm sei es lange Zeit peinlich gewesen und ein Stückchen Mut gehöre ja schließlich auch dazu, sich zu outen. Die Volkshochschulen stemmen den größten Anteil solcher Kurse, dennoch sind es viel zu wenig. Daneben engagieren sich auch andere Institutionen, wie der Bundesverband Alphabetisierung e.V. Er initiierte die Sozialkampagne »Schreib dich nicht ab, lern lesen und schreiben«, übrigens allein durch Spenden und Sponsorengelder finanziert. So ergoht es leider zahlreichen wertvollen Projekten und Programmen.

Und die Politik? Wiederum zu spät dran. Da hat man jetzt eine Nationale Strategie ausgerufen! Während andere Länder, wie Großbritannien, Canada, Frankreich und Irland, schon

seit vielen Jahren massiv in die Grundbildung und Alphabetisierung investiert haben, scheint Deutschland wiederum noch auf Ideenfindung zu sein und wenig ambitionierte Ziele zu verfolgen. Das ist peinlich! Wir dürfen niemanden abschreiben.

*Silke Michels ist wissenschaftliche Mitarbeiterin von Rosemarie Hein*

## Beratung und Hilfe

Über das ALFA TELEFON des Bundesverbandes Grundbildung und Alphabetisierung e.V. können Betroffene oder Vertrauenspersonen Informationen zu Kurs- und Lernangeboten zum Schreiben und Lesen in Wohnortnähe erhalten.

ALFA TELEFON: 0800/53 33 44 55  
oder im Internet unter  
[www.alfa-telefon.de](http://www.alfa-telefon.de)

## Sekundarschulen mit starkem eigenem Profil

In den letzten Monaten haben Debatten um die Öffnung von Schulbezirken Schulen und Eltern in sehr unterschiedlicher Weise verunsichert und auch geärgert.

Die einen wollen sich auch außerhalb von Gymnasium und Schulen in freien Trägerschaften frei für eine Schule mit einem bestimmten schulischen Angebot und Profil entscheiden können, die anderen sehen darin die Gefahr des weiteren sozialen Auseinanderdriftens der Stadt. Meine Sorge war vor allem, dass durch die Entscheidung einiger weniger Eltern

eine ganze Schule gefährdet werden könnte, weil sie dann die Vorgaben des Landes unterschreitet und geschlossen werden müsste. Diese und weitere Sorgen haben uns veranlasst, am Ende einer Öffnung der Schulbezirke jetzt nicht zuzustimmen.

Dennoch bleibt die Frage, wie vor allem Sekundarschulen gestärkt werden können und das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer dort die nötige Anerkennung und Akzeptanz erfährt und sie tatsächlich zu einer gleichwertigen Schulform neben dem Gymnasium werden. Warum sollen

Sekundarschulen nicht ein eigenes inhaltliches Profil entwickeln dürfen, wie es die Sportsekundarschule beispielsweise hat? Dann allerdings wäre es sinnvoll, wenn diese Profilklassen – die freilich ansonsten den gleichen Lehrplan haben wie alle anderen – aus der ganzen Stadt angewählt werden könnten. Die Sekundarschulen würden dadurch gewinnen.

Die kommunalen Spielräume sind gering. Aber warum sollen wir uns als Kommune nicht auch für die inhaltliche Profilierung unserer Schulen

stark machen können? Darum habe ich mit Aufmerksamkeit die Vorhaben der Landesregierung zur Einführung von Gemeinschaftsschulen zur Kenntnis genommen. Ich bin auf die Ausgestaltung dieses Vorschlags gespannt. Gemeinschaftsschulen können Bildungswege anbieten, die bis zum Abitur führen, etwas, das viele Eltern für ihre Kinder wollen. Ich wünsche mir, dass diese Möglichkeit in vielen Sekundarschulen diskutiert wird.

*Rosemarie Hein ist Bundestagsabgeordnete und Bildungsexpertin*



Termine

**Sprechstunden im Wahlkreisbüro Magdeburg** sind am 14. März, am 11. April, am 2. Mai und am 6. Juni jeweils 16.30 bis 18 Uhr

**Sprechstunden im Wahlkreisbüro in der Pfännerstr. 9 in Schönebeck** sind am 12. März, 14 bis 16 Uhr, am 12. April, am 3. Mai und am 7. Juni jeweils von 10 bis 12 Uhr

7. April: Ostermarsch in Magdeburg

1. Mai: Fest auf dem Bierer Berg bei Schönebeck

1. Mai: Veranstaltung zum 1. Mai auf dem Alten Markt in Magdeburg

1. Mai: Fest im Wiesenpark in Oschersleben

Weitere Termine finden Sie auf [www.rosemarie-hein.de](http://www.rosemarie-hein.de)

Anschriften

**Wahlkreisbüro Magdeburg**  
Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg  
Telefon: 0391 / 8 19 00 05  
Telefax: 0391 / 8 19 00 06  
[rosemarie.hein@wk.bundestag.de](mailto:rosemarie.hein@wk.bundestag.de)  
[rosemarie.hein@wk2.bundestag.de](mailto:rosemarie.hein@wk2.bundestag.de)

**Bundestagsbüro Berlin**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 / 22 77 17 89  
Telefax: 030 / 22 77 65 66  
[rosemarie.hein@bundestag.de](mailto:rosemarie.hein@bundestag.de)

[www.rosemarie-hein.de](http://www.rosemarie-hein.de)

**Impressum:** Redaktionsschluss: 6. März 2012. Herausgeberin: Rosemarie Hein (V.i.S.d.P.)  
**Redaktion:** Torsten Hans, Silke Michels, Franziska Grubann  
**Layout:** Trialon | **Satz:** Mark Seibert

hein.direkt im Abo

Ich möchte:

- »hein.direkt« kostenlos erhalten
- Den E-Mail-Newsletter erhalten (bitte E-Mail-Adresse angeben)
- Informationen zu bildungspolitischen Themen erhalten
- Informationen zu folgenden Themen erhalten:

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

# Wahlkreis-Impressionen



Zum Gespräch über Berufsausbildung in der Landwirtschaft bei der Schäferei Eggert in Bebertal am 1. November 2011



Gespräch mit Austauschschüler des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms Clayton Wollner am 15. Februar 2012



Kranzniederlegung am 16. Januar 2012 zum Gedenken an die Opfer des Bombenangriffs auf Magdeburg

# 8. März: Wieder Frauentag

Mehr als 100 Jahre ist der Frauentag nun alt. Er ist ganz schön in die Jahre gekommen. Ist er damit schon ein alter Hut? Weit gefehlt!



So lange Frauen im Schnitt ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen; so lange Frauen Steine in den Weg gelegt werden, wenn sie nach Geburt ihrer Kinder wieder in die Arbeitswelt zurück wollen; so lange Frauen zwar die besseren Schul- und Hochschulergebnisse haben, aber nicht in den Führungsetagen ankommen; so lange in der Arbeitswelt sexuelle Belästigung noch unterhalb der Schwelle eines Kavaliersdelikts gesellschaftlich anerkannt ist; so lange streitbare Frauen als »Zicken« abgewertet werden; solange bedarf es der jährlichen Erinnerung am 8. März an die Rechte von Frauen, die sich eben an keiner Stelle von den Rechten der Männer unterscheiden. Solange bedarf es auch des Engagements vieler Frauen und Frauenverbände, die im Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt seit 20 Jahren ein Dach haben und eine starke politische Kraft sind.

Eva von Angern ist Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt

## Kreuzworträtsel

Gewinnen Sie mit Rosemarie Hein: Senden Sie die Lösung an Rosemarie Hein (MdB), Ebendorfer Str. 3, 39108 Magdeburg. Oder per E-Mail an [rosemarie.hein@bundestag.de](mailto:rosemarie.hein@bundestag.de)

- 1. Preis:** Eine Reise nach Berlin zum Bundestag mit Führung und Mittagessen für zwei Personen
- 2. Preis:** Ein Büchergutschein über 30 Euro.
- 3. Preis:** Kinogutscheine für zwei Personen

Herzlichen Glückwunsch den Gewinnerinnen und Gewinnern des Kreuzworträtsels der hein.direkt Nr. 3: 1. Preis - D. Weber, 2. Preis - Regine Rakut, 3. Preis - Hannelore Paschke. Das Lösungswort lautete »BISKY«.

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

Barockmusiker (Georg Philipp)	amerik. Glücksspiel	Vorname d. Luxemburg			uneingeschränkt, zwanglos	Süd-amerik. Staat
		alkohol. / Getränk zum Tee		körperlicher Reizleiter		4
Monatsname (Abk.)				ital. Frieden	Abk. für Essigester, (chem.V.)	
Sediment	2			Überheblichkeit, Anmaßung (griech.)		
		Abk. für Thallium (chem. Element)				
Zeiteinheit (Abk.)			musik. Übungsstück (franz.)		Drall des Balls (engl.)	Zeitraum (lat. annus)
Honigwein	6				Initialen d. Frauenrechtlerin Zetkin	
Biermarke aus Sachsen-Anhalt	engl. zwei	Abk.: Tech. Bildung Furor, Rage, Zorn			franz. Wort für „Wasser“	1
					Ein Edelgas (Abk.)	3
Skizze Aufgehren (Mehrz.)	chinesischer Kaiser name				Elfenkönig	
			5			
						Urform d. Buchstaben = Ochsenkopf